

Haushaltsrede von
Finanzministerin
Edith Sitzmann MdL

zur Einbringung des Staatshaushaltsplans von Baden-
Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/2019

„Historische Trendwende: Der Schuldenabbau beginnt“

am 9. November 2017

im Landtag
von Baden-Württemberg

Es gilt das gesprochene Wort.



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR FINANZEN

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Regierungsentwurf für den Haushalt der Jahre 2018 und 2019, den ich heute in den Landtag einbringe, ist etwas ganz Besonderes. Er ist eine Premiere in mehrfacher Hinsicht. Erstmals steigen die Ausgaben auf rund 50 Milliarden Euro pro Jahr, also auf insgesamt 100 Milliarden Euro im Doppelhaushalt! Erstmals gelingt es zum fünften Mal hintereinander einen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen. Und erstmals in der Geschichte unseres Landes werden wir 2,4 Milliarden Euro implizite und explizite Schulden tilgen. Ja, wir stellen 1,25 Milliarden Euro – eine Zahl mit zehn Stellen – zusätzlich allein für den Abbau des Sanierungsstaus bereit. Und wir tilgen erstmals 500 Millionen Euro – eine Zahl mit neun Stellen – Kreditmarktschulden. Das gab es noch nie in der Geschichte des Landes. Das ist eine historische Trendwende, meine Damen und Herren.

Kluge Haushaltspolitik ist verlässlich

Kluge Haushaltspolitik denkt immer in langen Linien. Kluge Haushaltspolitik ist verlässlich. Und kluge Haushaltspolitik gibt Planungssicherheit. Planungssicherheit ist das Fundament für erfolgreiche politische Gestaltung. Nur wenn man weiß, wieviel Geld man morgen zur Verfügung hat, kann man auch gut planen und effizient gestalten. Das gilt für Schulen genauso wie für die Polizei, die Verkehrspolitik oder den Naturschutz. Deshalb halten wir am bewährten Prinzip des Doppelhaushalts fest. Er gibt weitreichende Planungssicherheit für zwei Jahre. Vertrauen ist die Basis für gute Politik. Kluge Haushaltspolitik schafft Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates. Und zwar auf Dauer, meine Damen und Herren. Die Welt verändert sich. Die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger verändern sich. Unsere Aufgabe ist es, Vertrauen zu schaffen und zu erhalten. Die Steuergelder sind bei uns in guten Händen. Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst.

Es ist nicht unser Geld, es ist Ihr Geld, liebe Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, dass wir sinnvoll und effizient einsetzen wollen. Kluge Haushaltspolitik hat im Blick, dass sich die Welt verändert, dass sich die Erwartungen und Bedürfnisse verändern. Wir analysieren die aktuelle Lage und schätzen Chancen und Risiken der Zukunft ab. Wir entwickeln einen Rahmen, der Sicherheit im Wandel gibt. Das sehen wir als unsere Aufgabe: Sicherheit im Wandel für heute, morgen und übermorgen. Also, wie ist die wirtschaftliche, konjunkturelle und politische Lage derzeit? Wie sind die weiteren Aussichten, welche Chancen und Risiken gibt es? Und welche Konsequenzen ziehen wir daraus für den Doppelhaushalt?

Wirtschaftslage und Aussichten

Wirtschaftlich läuft es gut in Baden-Württemberg, sehr gut sogar. Darüber freuen wir uns. 2016 wuchs die Wirtschaftskraft des Landes preisbereinigt um 2,2 Prozent. Im ersten Halbjahr 2017 legte sie (im Vergleich zum ersten Halbjahr 2016) noch einmal um 2,1 Prozent zu. Baden-Württemberg ist damit die führende Wachstumslokomotive unter den westdeutschen Flächenländern. Die Arbeitslosigkeit ist im Südwesten mit 3,3 Prozent so gering wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Die Beschäftigung ist auf einem Rekordstand. Und besonders erfreulich: Der Aufschwung kommt bei immer mehr Menschen auch im Portemonnaie an. Die Reallöhne stiegen in Deutschland 2016 zum dritten Mal in Folge, und zwar um 1,8 Prozent. Besonders erfreulich: Menschen mit geringem Lohn hatten 2016 die höchsten Lohnzuwächse. Das ist mir persönlich besonders wichtig, es soll und muss gerecht zugehen in unserer Gesellschaft, meine Damen und Herren.

Die Zukunftsaussichten sind positiv. Der Ifo-Geschäftsklima-Index stieg im Oktober auf ein neues Rekordhoch. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Konjunkturprognose für das laufende Jahr von 1,5 auf 1,9 Prozent deutlich angehoben. Getragen werde der Aufschwung sowohl von den Konsumausgaben als auch vom Auslandsgeschäft und den Investitionen.

Der Aufschwung hat also an Breite gewonnen – so die Experten. Für das kommende Jahr erwarten die Institute sogar ein Wachstum von 2,0 statt bisher 1,8 Prozent. Die Europäische Zentralbank hob ihre Wachstumsprognose für den Euroraum ebenfalls an. Von 1,9 auf 2,2 Prozent für das laufende und von 1,8 auf 1,9 Prozent für das kommende Jahr. Der Internationale Währungsfonds schätzt, dass die weltweite Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um 3,6 Prozent und im nächsten Jahr um 3,7 Prozent steigt. Von diesem globalen Aufschwung profitieren wir mit unserer breit aufgestellten und sehr exportorientierten Wirtschaft besonders stark. Und das ist gut so, meine Damen und Herren.

Kurz: Die Wirtschaft brummt, die Arbeitslosigkeit sinkt, die Reallöhne steigen, die Zukunftsaussichten sind positiv. Wenn es unseren innovativen Unternehmen gut geht und viele Menschen Arbeit haben, dann entwickeln sich auch die Steuereinnahmen positiv. Derzeit wachsen die Steuereinnahmen deutlich stärker als im historischen Trend. Wer ist da nicht gerne Finanzministerin? Aber gute Steuereinnahmen wecken auch Erwartungen allerorten. Teilweise überbordende – nach dem Motto „wann, wenn nicht jetzt, das Geld mit vollen Händen ausgeben?“ Aber: Die größten Fehler werden bekanntlich in guten Zeiten gemacht. Wir wollen die guten Zeiten nutzen, um für schlechtere vorzusorgen. Das macht den Unterschied, meine Damen und Herren.

Wir hoffen natürlich, dass die Lage gut bleibt. Der derzeitige Aufschwung hält allerdings schon außergewöhnlich lang an. Und kein Aufschwung währt ewig. Das dürfen wir bei aller Euphorie nicht vergessen. Deshalb legen wir heute auch keinen Schönwetterhaushalt vor, sondern einen wetterfesten Haushalt, meine Damen und Herren. Wir sorgen für die Zukunft vor.

Denn es gibt auch viele Risiken:

- Nordkorea-Konflikt,
- Katalonien-Krise,
- Wahl in Italien und Risiko der Rückkehr der Euro-Krise,
- Brexit,
- unberechenbare Handelspolitik der USA,
- wir haben die historisch höchste Verschuldung der Unternehmen und der privaten und öffentlichen Haushalte in den G20-Staaten. Die damit verbundenen Risiken für die Stabilität der Finanzmärkte sind erheblich.

Ebenfalls groß sind die Herausforderungen, die wir angehen müssen.

Damit Baden-Württemberg eine gute Zukunft hat, müssen wir

- den Klimawandel begrenzen,
- den Terrorismus bekämpfen,
- den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken,
- die Digitalisierung gestalten,
- die Mobilität voranbringen,
- und, und, und.

Also, auf der einen Seite haben wir eine richtig gute Wirtschaftslage, einen Aufschwung, der breit ist und dynamisch. Auf der anderen Seite gibt es aber auch erhebliche Risiken, Unsicherheiten und große Herausforderungen.

Die guten Zeiten nutzen

Da sich die Steuereinnahmen so positiv entwickeln wie derzeit, könnten wir jetzt einfach die Sektkorken knallen lassen, uns zurücklehnen und frohen Mutes die goldene Zukunft auf uns zukommen lassen.

- Wir könnten das Geld mit vollen Händen ausgeben. Denn die Steuereinnahmen steigen ja jedes Jahr kräftig.
- Wir könnten Risiken einfach ausblenden.
- Wir könnten uns an der guten Wirtschaftslage berauschen.

Das wäre eine Variante. Oder wir könnten die Korken in den Flaschen lassen, uns nur auf die Risiken fokussieren:

- das schlimmste Erwarten,
- Sparen bis es quietscht,
- Steuern erhöhen, dass es kracht,
- und so viele Schulden wie irgend möglich tilgen, denn irgendwann werden die Zinsen ja wieder steigen.

Aber, meine Damen und Herren: beide Varianten sind falsch und sie sind gefährlich. Egal, ob die Flasche Schaumwein, Sekt oder Prosecco offen ist oder zu bleibt: Wir verfallen weder in Euphorie, noch in Panik. Wir wollen die guten Zeiten nutzen, um unser Land bestmöglich für die Zukunft aufzustellen, meine Damen und Herren. Wir freuen uns über die gute wirtschaftliche Lage und tun alles, damit es so bleibt, aber wir blenden die Risiken nicht aus. Wir nutzen die guten Steuereinnahmen, um den Haushalt dauerhaft solide aufzustellen. Heute scheint vielleicht die Sonne, morgen kann es nass und kalt sein. Wir sorgen vor: Egal wie das Wetter morgen wird. Wir werden die Schuldenbremse nicht mit Ach und Krach einhalten, sondern souverän und verlässlich. Wir balancieren dafür die Einsparungen und zusätzliche Ausgaben klug aus. Wir führen die Verschuldung zurück und sorgen vor für kommende Verpflichtungen. Wir erhöhen die Investitionen in die Zukunft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt unseres Landes deutlich.

Warum? Damit Baden-Württemberg auch morgen und übermorgen noch wirtschaftlich stark, lebenswert und liebenswert bleibt. Wir machen eine Haushaltspolitik mit Maß und Mitte. Dieser Doppelhaushalt setzt Meilensteine im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs und unserer Kinder und Enkelkinder. Wir finanzieren die öffentlichen Aufgaben verlässlich und schaffen Planungssicherheit. Wir machen den Haushalt robuster, so dass er nicht gleich auseinanderfliegt, wenn die Konjunktur sich eines Tages wieder abkühlt oder ein Tief kommt und die Steuereinnahmen nicht mehr so stark steigen wie derzeit. Wir verbessern die Handlungsfähigkeit des Staates. Wir wollen zeigen: Ihr könnt uns vertrauen, liebe Bürgerinnen und Bürger. Das ist mir wichtig.

Nullverschuldung und Tilgung

Die grün-schwarze Landesregierung ist mit dem Ziel angetreten, die Schuldenbremse souverän und verlässlich einzuhalten und den Landeshaushalt dauerhaft solide aufzustellen. Nachhaltige Finanzen sind ein zentrales grün-schwarzes Projekt. Und meine Damen und Herren, wir kommen hier richtig gut voran. Mit dem Doppelhaushalt 2018 und 2019 setzen wir unseren Weg zu dauerhaft soliden Finanzen des Landes fort. Dabei machen wir keine Trippelschritte, sondern einen richtig großen Sprung. Anfang der 70er-Jahre betrug der Schuldenstand Baden-Württembergs noch etwa 2 Milliarden Euro. Seitdem wurden im Schnitt jedes Jahr 1 Milliarden Euro auf den Schuldenberg oben drauf gepackt. Schuldenstand heute: rund 47 Milliarden Euro. Mit dieser Politik auf Pump machen wir Schluss, meine Damen und Herren.

Wir setzen den begonnenen Konsolidierungskurs fort. Im Jahre 2018 sparen wir gegenüber der Finanzplanung strukturell 300 Millionen ein, in 2019 sogar 600 Millionen Euro. Wir machen keinen Cent neue Schulden, weder in 2018, noch in 2019 – keinen einzigen.

Ministerpräsident Günther Oettinger ist es in der jüngeren Vergangenheit 2008 und 2009 erstmals wieder gelungen, einen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen. Dann kam die Finanzkrise dazwischen. Grün-Rot hat 2011, 2012 und 2015 einen Haushalt ohne neue Schulden erreicht. Nun legen wir zum fünften Mal in Folge einen Haushalt ohne neue Schulden vor. Das ist in der Geschichte unseres Landes noch nie gelungen. Eine echte Premiere, meine Damen und Herren. Und erstmals in der Geschichte unseres Landes werden wir 2,4 Milliarden Euro Schulden – implizite und explizite – tilgen. Wir stellen davon 1,25 Milliarden Euro zusätzlich allein für den Abbau des Sanierungsstaus bereit und tilgen erstmals 0,5 Milliarden Euro Kreditmarktschulden. Meine Damen und Herren, das ist eine echte Trendwende! Darauf können und dürfen wir stolz sein. Die Konsolidierungsanstrengungen zahlen sich heute aus. Morgen zahlen sie sich noch mehr aus. Es lohnt sich in langen Linien zu denken, beharrlich und konsequent zu sein. Mal eben so bekommt man das Ruder nicht herumgerissen. Einige Beispiele aus der Vergangenheit dokumentieren dies anschaulich:

- Verwaltungsreform mit erheblichen Stellenkürzungen unter Ministerpräsident Erwin Teufel,
- Nullrunde im öffentlichen Dienst und erste schwarze Null im Haushalt unter Ministerpräsident Günther Oettinger,
- Sparrunden, Erhöhung der Grunderwerbssteuer, klare Priorisierung der Mittel nach dem Prinzip „Erhalt vor Neubau“, beispielsweise im Straßenbau, in der letzten Legislaturperiode unter Grün-Rot.

All das waren wichtige Bausteine für die Konsolidierung. All diese Maßnahmen waren meist nicht populär, aber notwendig. Mut zu Reformen, dran bleiben, das zahlt sich aus, meine Damen und Herren.

Schulden­trag­fä­hig­keit deut­lich ver­bes­sert

Wo stehen wir heute bei der Nachhaltigkeit des Landeshaushalts? Wir haben gemeinsam in den letzten Jahren das Anwachsen des Schuldenbergs gestoppt und damit ein wichtiges Etappenziel erreicht. Entscheidend für die Nachhaltigkeit öffentlicher Haushalte ist ja nicht nur die absolute Höhe der Schulden, sondern das Verhältnis der Schulden zur Wirtschaftskraft. Wenn wir die Entwicklung dieser Kennziffer betrachten, dann wird noch deutlicher, wie erfolgreich die Konsolidierung der vergangenen Jahre war. Im Jahr 2005 war das Land noch mit 11,8 Prozent seiner jährlichen Wirtschaftsleistung (BIP) verschuldet. Die Nullverschuldung der vergangenen Jahre und die geplante Schuldentilgung bei gleichzeitig wachsender Wirtschaft werden dazu führen, dass Baden-Württemberg im Jahr 2019 nur noch mit 8,6 Prozent seiner Wirtschaftskraft verschuldet sein wird – eine Verbesserung der Schulden­trag­fä­hig­keit um über ein Drittel. Das gleiche Bild ergibt sich, wenn man den Schuldenstand ins Verhältnis zu den Nettosteureinnahmen setzt. Das ist für den Landeshaushalt eine noch aussagekräftigere Kennziffer für die Schulden­trag­fä­hig­keit. 2005 betrug der Schuldenstand noch das 2,6-fache der Nettosteureinnahmen. 2019 sinkt dieses Verhältnis auf das 1,6-fache. Eine Verbesserung der Schulden­trag­fä­hig­keit von deutlich über einem Drittel, meine Damen und Herren.

Veranschaulichen wir den Sachverhalt am Beispiel eines Ehepaars, beide arbeiten und verdienen gut. Im Jahr 2005 beträgt ihr gemeinsames monatliches Nettoeinkommen 7.000 Euro, also 84.000 Euro im Jahr. Um ein Häusle zu kaufen, nehmen sie einen Kredit in Höhe von 220.000 Euro auf. 2005 sind ihre Schulden also rund 2,6-fach so hoch wie ihr Jahresnettoeinkommen. Um ihre Schuldenlast auf das 1,6-fache ihres Jahresnettoeinkommens zu reduzieren, müsste das Ehepaar bis 2019:

- entweder 85 000 Euro tilgen, also jedes Jahr 6.000 Euro,
- oder ihr monatliches Einkommen auf fast 11.500 Euro erhöhen.

Das ist nicht selbstverständlich und nicht einfach. Aber genau das haben wir für den Haushalt in Baden-Württemberg geschafft. Das heißt: eine gewaltige Verbesserung der finanziellen Lage, eine Verbesserung der Schuldentragfähigkeit um über ein Drittel, meine Damen und Herren.

Implizite Schulden

Also, das Verhältnis von Schulden zur Wirtschaftskraft ist wichtig. Aber der Blick allein auf die Kreditmarktverschuldung greift zu kurz. Noch wichtiger für die langfristige Nachhaltigkeit ist die Höhe der impliziten Schulden des Landes. Hierzu zählen unter anderem der Sanierungsstau bei Landesgebäuden und Straßen und die Pensionsverpflichtungen. Diese impliziten Schulden übersteigen in ihrer Höhe bei weitem die Kreditmarktverschuldung des Landes. Die Pensionsausgaben betragen schon heute 4,9 Milliarden Euro im Jahr. Bis zum Jahr 2050 werden sie voraussichtlich auf rund 8,8 Milliarden Euro jährlich anwachsen. Eine enorme Zahlungsverpflichtung für die Zukunft, enorme implizite Schulden. Was wir jetzt für Pensionen zurücklegen, hilft den kommenden Generationen und erhält ihnen einen Spielraum im Haushalt. Im derzeitigen Niedrigzinsumfeld lohnt sich das auch wirtschaftlich. Die Verzinsung der Rücklage für die Pensionen der Beamten liegt derzeit deutlich über dem Zinssatz, den wir für Kreditmarktschulden zahlen. Aufgeschobene Sanierungen verursachen hohe Kosten in der Zukunft. Diese Folgekosten sind derzeit wesentlich höher als was wir an Zinsen sparen, wenn wir Kreditmarktschulden tilgen. Heute mehr für Sanierung auszugeben ist wirtschaftlich sinnvoll und zahlt sich langfristig auch im Haushalt aus. Deshalb gilt in diesem Doppelhaushalt: Priorität für den Abbau impliziter Schulden. Je niedriger die impliziten Schulden in der Zukunft ausfallen, je mehr wir heute für diese vorsorgen, desto solider und nachhaltiger ist der Landeshaushalt langfristig aufgestellt. Deshalb war es vollkommen richtig, klug und weitsichtig, dass wir letztes Jahr die Tilgungsverpflichtung des § 18 der LHO auf die implizite Verschuldung erweitert haben. Die Landeshaushaltsordnung nicht anzupassen, wie es die Opposition forderte, das wäre zum wirtschaftlichen Schaden des Landes gewesen.

Wir hingegen wollen das Vermögen der Bürgerinnen und Bürger bestmöglich erhalten und mehren. Deshalb haben wir gehandelt und das zahlt sich aus, meine Damen und Herren. Im Haushalt 2017 haben wir bereits für die Tilgung impliziter Schulden 411 Millionen Euro vorgesehen. Aufgrund der guten Einnahmeentwicklung und des fortgesetzten Konsolidierungskurses können wir in den kommenden beiden Jahren rund 1,9 Milliarden Euro implizite Schulden tilgen und zusätzlich auch in die Rückzahlung von Schulden am Kreditmarkt in Höhe von 0,5 Milliarden Euro einsteigen. Insgesamt tilgen wir also Schulden von mindestens 2,4 Milliarden. Eine historische Trendwende.

Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds

Die wichtigsten beiden Maßnahmen will ich kurz erläutern. In der Amtszeit von Ministerpräsident Erwin Teufel wurde das Bundesgesetz zur Versorgungsrücklage im Land umgesetzt. Zusätzlich wurde in der Amtszeit von Ministerpräsident Günther Oettinger ein Versorgungsfonds geschaffen. Ziel: Rücklagen für die Pensionsverpflichtungen bilden. Dies war weitsichtig, klug und ein wichtiger Beitrag für mehr Nachhaltigkeit im Haushalt. Diesen Kurs setzen wir fort. Allein im letzten und in diesem Jahr haben wir 1,1 Milliarden zusätzlich zurückgelegt. Derzeit betragen unsere beiden Sondervermögen insgesamt 6,6 Milliarden. Wir tasten dieses nicht an, sondern erhöhen es noch einmal deutlich, meine Damen und Herren. 2018 führen wir noch mal zusätzliche 120 Millionen Euro aus § 18 LHO-Mitteln an den Versorgungsfonds zu. Insgesamt steigt damit die Zuführung an den Versorgungsfonds nächstes Jahr auf 560 Millionen Euro – so viel wie noch nie. Hinzu kommt: ab dem 1. Januar 2020 werden wir statt monatlich 500 Euro 750 pro neueingestelltem Beamten in den Versorgungsfonds einzahlen und pro neugeschaffener Stelle monatlich sogar 1.000 Euro. Damit folgen wir einer Empfehlung des Rechnungshofes und sorgen dafür, dass die Zuführungen für die Pensionsverpflichtungen zukünftig dynamisch weiter ansteigen werden. Also einmalige Sonderzuführung und dauerhaft erhöhte Einzahlung. Unser Ziel bis Ende 2019: Erhöhung der Rücklagen auf über 7,8 Milliarden Euro. Das ist nachhaltig, das ist vorausschauend, das ist vernünftige, verlässliche Politik, meine Damen und Herren.

Abbau Sanierungsstau

Der größte Schwerpunkt in diesem Doppelhaushalt liegt auf dem Abbau des Sanierungsstaus. Wir nehmen rund 1,25 Milliarden Euro zusätzlich für Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen in die Hand. Ein absoluter Rekord und absolut notwendig. In den vergangenen Jahren haben wir die Mittel für die Sanierung der Landesstraßen massiv erhöht. Das zahlt sich nun langsam aus. 2016 hat sich der Zustand der Landesstraßen erstmals seit langem leicht verbessert. Der Abbau des Sanierungsstaus ist eingeläutet, aber er ist noch nicht aufgelöst. Die Sanierung der Landesstraßen führen wir mit beschleunigtem Tempo fort. Wir stellen jährlich 100 Millionen zusätzlich bereit, so dass insgesamt rund 180 Millionen Euro jedes Jahr zur Verfügung stehen. Der Löwenanteil der Sanierungsmittel jedoch fließt in unsere Gebäude – Hochschulen, Polizeigebäude, Gerichte, Finanzämter – überall gibt es einen erheblichen Sanierungsstau. Die Instandhaltung wurde jahrzehntelang vernachlässigt. Wir wollen auch bei den Landesgebäuden in den kommenden Jahren den Sanierungsstau sukzessive auflösen, meine Damen und Herren. Um den Bestand zu erhalten benötigen wir jährlich rund 850 Millionen Euro. In den Jahren 2018 und 2019 planen mit Bauausgaben von jeweils über 1 Milliarden Euro. Mit diesem Doppelhaushalt beginnen wir die Trendwende und leiten ein Jahrzehnt der Sanierung unserer Gebäude ein.

Starke Kommunen

Auch unseren Kommunen helfen wir beim Abbau des Sanierungsstaus, beispielsweise an Schulen. Durch den von uns letztes Jahr neu geschaffenen Kommunalen Sanierungsfonds erhalten die Kommunen im Regierungsentwurf 2018 108 Millionen und 2019 sogar 136 Millionen für Sanierungen. Hinzu kommt: die Steuermehreinnahmen der Kommunen steigen kräftig. Die Aussichten für unsere Kommunen sind also sehr gut. Und schon heute stehen unsere Kommunen bundesweit spitze da. Sie haben die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer, die zweithöchsten Pro-Kopf-Investitionen und sie erzielen schon seit mehreren Jahren Überschüsse.

Das ist gut und das soll auch so bleiben. Starke Kommunen sind unverzichtbar für ein starkes Baden-Württemberg. Wir wissen aber auch, dass nicht nur beim Land die Aufgaben wachsen, sondern auch bei den Kommunen. Gemeinsam haben wir viel zu leisten. Das Land wird den Kommunen auch in Zukunft ein verlässlicher Partner sein und sie gut unterstützen, meine Damen und Herren.

Zwischenfazit

Also, wir halten die Schuldenbremse schon heute ein und zwar souverän und verlässlich.

Das wollen wir auch in Zukunft. Deshalb nutzen wir die derzeit guten Zeiten:

- um Kreditmarktschulden zu reduzieren,
- um für die Pensionsverpflichtungen mehr zurückzulegen und
- um mit einer Sanierungsoffensive unsere Landesgebäude und Straßen in einen besseren Zustand zu versetzen.

In der Summe nehmen wir dafür 2018 und 2019 2,4 Milliarden in die Hand.

Wir machen den Haushalt für die Zukunft wetterfest, meine Damen und Herren.

Ausgabenschwerpunkte

Genauso wichtig wie den Haushalt solide aufzustellen ist es, in die Zukunft zu investieren, damit unser Land auch Morgen und Übermorgen noch wettbewerbsfähig und lebenswert ist. Denn nur mit einer guten wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung in den kommenden Jahren bleibt unser Land stark und der Haushalt dauerhaft solide. Was ist wichtig für eine gute Zukunft? Wo setzen wir Schwerpunkte für zusätzliche Ausgaben und neue Akzente in diesem Doppelhaushalt? Im Jahr 2018 planen wir dauerhafte Mehrausgaben für politische Gestaltung von 230 Millionen In 2019 wachsen die auf 386 Millionen Euro auf. Hinzu kommen jeweils rund 300 Millionen Euro einmalige Mehrausgaben in 2018 und 2019. Gleichzeitig sparen wir – wie bereits ausgeführt – 300 Millionen in 2018 und insgesamt 600 Millionen Euro in 2019 ein.

Die Ministerien hatten insgesamt 3 Milliarden Euro Mehrbedarfe angemeldet. Diese Erwartungen waren, leider, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht zu erfüllen. Damit hätten wir die Konsolidierung – dieses wichtige grün-schwarze Projekt – nicht erreichen können. Es galt das Wünschenswerte mit dem Machbaren unter einen Hut zu bekommen. Das war nicht immer einfach, aber wir haben es gemeinsam geschafft. Wir haben sehr gründlich abgewogen, wofür wir am Dringlichsten mehr Geld zur Verfügung stellen und wofür nicht. Das Ergebnis kann sich wirklich sehen lassen und wird den zentralen Herausforderungen gerecht. Auf zentrale Schwerpunkte für zusätzliche Ausgaben im Doppelhaushalt möchte ich kurz eingehen und die wichtigsten Veränderungen nennen.

Umwelt und Klimaschutz

In den letzten 27 Jahren haben die Fluginsekten in Deutschland um 76 Prozent abgenommen – so eine neulich veröffentlichte wissenschaftliche Studie. Die Konzentration von Kohlendioxid in der Atmosphäre hat ein Niveau erreicht wie seit Millionen Jahren nicht mehr – so der alarmierende Befund der UN-Klimaexperten. Wenn der Klimawandel und das Artensterben weiter ungebremst voranschreiten, dann gefährdet das unseren wirtschaftlichen Wohlstand, unsere Natur und damit letzten Endes unsere hohe Lebensqualität hier in Baden-Württemberg. Umwelt- und Klimaschutz ist nachhaltige Wirtschaftspolitik. Umwelt- und Klimaschutz ist Politik, um unsere liebenswerte Heimat und damit unsere Lebensgrundlagen zu bewahren, meine Damen und Herren.

- Deshalb stellen wir im Doppelhaushalt für das Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT) 20 Millionen zusätzlich bereit.
- Deshalb fördern wir den Steillagenweinbau und die Streuobstwiesen mit zusätzlich 2 Millionen
- Deshalb erhöhen wir die Mittel für Energieeffizienz um über 8 Millionen.
- Deshalb investieren wir in die Landesstrategie Ressourceneffizienz und den Ressourceneffizienzkongress zusätzlich rund 6 Millionen

- Wir stärken die Naturschutzstrategie mit weiteren rund 23 Millionen
- Und fördern die Erneuerbaren Energien und den Klimaschutz mit jeweils über 8 Millionen zusätzlich und
- Und wichtig für unsere Unternehmen und die Umwelt: wir stärken mit 225 Stellen die Umwelt- und Naturschutzverwaltung und beschleunigen dadurch Genehmigungsverfahren.

Darüber hinaus haben wir diese Woche in der Haushaltskommission beschlossen 2018 und 2019 zusätzlich 15 Millionen Euro für ein umfassendes Maßnahmenprogramm zur Erhaltung der biologischen Vielfalt zur Verfügung zu stellen. Wir wollen erhalten, was uns erhält. Klare Gewässer, frische Luft, gesunde Lebensmittel, artenreiche Wälder und Wiesen, lebendige Landschaften, die zur Erholung einladen – dafür arbeiten wir und dafür nehmen wir auch ordentlich Geld in Hand, meine Damen und Herren.

Unsere Sanierungsoffensive ist übrigens auch für den Umwelt- und Klimaschutz enorm wichtig. Je besser der Zustand unserer Gebäude ist, je besser sie energetisch saniert sind, desto geringer ist auch ihr Energieverbrauch. Das spart laufende Kosten im Haushalt und CO₂-Emissionen, meine Damen und Herren. Wir haben bereits in den vergangenen Jahren viel für die energetische Sanierung unserer Landesgebäude getan. Ergebnis: Gegenüber 1990 konnten wir die CO₂-Emissionen um über 46 Prozent mindern. Diesen Weg zur klimaneutralen Landesverwaltung gehen wir konsequent weiter, meine Damen und Herren.

Sicherheit

Wir stehen zu unserem Versprechen aus dem Koalitionsvertrag 1.500 zusätzliche Stellen für die Polizei zu schaffen und die Justiz zu stärken. Das setzen wir weiter konsequent um. Denn: Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Der Doppelhaushalt enthält daher knapp 400 weitere neue Stellen bei der Polizei und bietet die Grundlage 1.800 Polizeianwärter jährlich auszubilden. Dafür nehmen wir 40 Millionen in 2018 und 60 Millionen 2019 in die Hand. Zusätzlich investieren wir im Doppelhaushalt 40 Millionen zusätzlich in die technische Ausstattung unserer Polizistinnen und Polizisten. Wir setzen unseren Koalitionsvertrag um, wir halten Wort, damit unser Land eines der sichersten auf der Welt bleibt.

Wir stärken die Justiz:

- für Asylverfahren an Verwaltungsgerichten gibt es 55 Neustellen,
- für Gerichte und Staatsanwaltschaften 67 Stellen (aus Notarbereich) und
- für mehr Sicherheit bei Gerichten und Staatsanwaltschaften weitere 64 Stellen.

Faire Verfahren, die sich nicht ewig hinziehen, sind ein hohes und wichtiges Gut in unserem Rechtsstaat. Deshalb ist das gut angelegtes Geld, meine Damen und Herren.

Integration und Soziales

Wir fördern die Integration weiter mit Nachdruck. Wir verlängern 600 Lehrerstellen für die Flüchtlingskinder, stellen im Doppelhaushalt rund 9 Millionen für die Sprachförderung bereit und 160 Millionen in 2018 für den Pakt für Integration. Wir wollen, dass die Menschen, die dauerhaft bei uns bleiben dürfen, eines Tages Leistungsträger unserer Gesellschaft werden können. Wir kümmern uns um die jungen Menschen genauso wie um die alten. Für den Zukunftsplan Jugend stellen wir gegenüber der bisherigen Planung zusätzlich 10 Millionen zur Verfügung, für Projekte im Pflegebereich 12 Millionen Jeder soll im Alter in Würde leben können. Sozialer Zusammenhalt ist uns etwas wert, meine Damen und Herren.

Bildung

Wir haben weiter höhere Schülerzahlen als bislang prognostiziert und mit den jüngsten Ergebnissen der IQB-Bildungsstudie können wir nicht zufrieden sein. Die Heterogenität der Schülerschaft steigt weiter. Die Herausforderungen für die Lehrerinnen und Lehrer wachsen. Die soziale Herkunft bestimmt immer noch viel zu stark über den Bildungserfolg. Deshalb setzen wir einen klaren Schwerpunkt im Doppelhaushalt auf die Bildung. Wir wollen gleiche Chancen für alle – unabhängig von der Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern. Wir wollen ein chancengerechtes und leistungsstarkes Bildungssystem, meine Damen und Herren. In den Mittelpunkt stellen wir die Verbesserung der Qualität. Bei der Qualität der Kleinkindbetreuung sind wir bundesweit spitze – dafür geben wir 2018 über 900 Millionen Euro aus. Wir wollen auch bei der Qualität der Schulen spitze werden. Insgesamt schicken wir deshalb 1.300 Lehrerinnen und Lehrer mehr in den Unterricht als in der bisherigen Finanzplanung vorgesehen. Unter anderem gibt es:

- 260 mehr Deputate für zusätzliche Poolstunden an den Realschulen,
- 318 zusätzlich für die Inklusion,
- 100 für den Ausbau der Ganztagschule,
- über 150 für den Ausbau der Informatik
- und 160 für den Ausbau der Kontingenztafel an den Grundschulen.

Der Etat des Kultusministeriums erreicht neue Rekordwerte. 2019 beträgt er 11,37 Milliarden Das sind fast 800 Millionen mehr als im laufenden Haushalt 2017. Jeder fünfte Euro im Haushalt fließt in die Bildung. Ausreichend Ressourcen für den Bildungsbereich sind wichtig, aber Geld allein macht noch keine gute Bildung. Mit diesem Doppelhaushalt schaffen wir die Grundlage, damit wir die Qualität an unseren Schulen Schritt für Schritt verbessern können, meine Damen und Herren. Eine gute Schulbildung ist für die Zukunftschancen unserer Kinder enorm wichtig. Ein Schulabschluss und Ausbildungsreife sind die Voraussetzungen für eine Ausbildung an unseren Fachschulen, Hochschulen oder für eine duale Ausbildung, zum Beispiel bei einem unserer 80.000 Handwerksbetriebe.

Wirtschaft und Wohnen

Wir haben unsere Handwerker im Blick. Zum Beispiel nehmen wir für die Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission Handwerk 2025 in 2018 und 2019 jeweils 1,7 Millionen zusätzlich in die Hand. In unseren rund 80.000 Handwerksbetrieben arbeiten etwa 740.000 Menschen. Unser Handwerk ist ein echtes Pfund. Das Handwerk hat bekanntlich goldenen Boden. Wir wollen, dass es auch eine goldene Zukunft hat. Wir haben auch unsere Startups im Blick und stärken diese. Wir stellen insgesamt 34 Millionen Euro für die Einrichtung von Seed- und Wagniskapitalfonds bereit. Wir wollen Unternehmen, die etwas wagen. Und wer etwas wagt in unserem Land, der soll auch wachsen können, meine Damen und Herren – deshalb legen wir hier einen Schwerpunkt. Wir führen die Wohnraumförderung auf sehr hohem Niveau mit jährlich 250 Millionen Programmvolumen fort. Im Bundesrat haben wir uns erfolgreich für Erleichterungen bei der Kreditvergabe für unsere Häuslebauer eingesetzt.

Im Hinblick auf die dringend erforderliche steuerliche Förderung des Wohnungsbaus hoffen wir auf die zukünftige Bundesregierung. Der letzte Anlauf ist im Sommerloch 2016 versunken. Aber wir werden wir uns hier hoffentlich auch noch durchsetzen. Da bleiben wir dran. Denn bezahlbarer Wohnraum darf kein Luxus bleiben, darf nicht dauerhaft zum Fremdwort in Deutschland werden, meine Damen und Herren.

Mobilität

Wir kümmern uns um die Mobilität unserer Bürgerinnen und Bürger. Unser langfristiges Ziel: Jeder soll schnell, zuverlässig und umweltfreundlich von A nach B kommen können. Dafür brauchen wir eine gute Infrastruktur, umweltfreundliche Verkehrsträger und kluge Mobilitätskonzepte. Über die Sanierung der Landesstraßen habe ich bereits gesprochen. Da stecken wir 2018 und 2019 jeweils 100 Millionen zusätzlich rein, so dass jedes Jahr rund 180 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Wir investieren aber auch rund 100 Millionen im Doppelhaushalt in den Neu- und Ausbau. Unser Ziel: alle Orte im Land sollen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zwischen 5 und 24 Uhr im Ein-Stunden-Takt erreicht werden können. Um weitere Schritte hin zu dieser Mobilitätsgarantie zu machen, stellen wir 23 Millionen Euro zusätzlich bereit. Für die Planung der Elektrifizierung der Hochrheinbahn stellen wir 5 Millionen Euro bereit. Für Radschnellwege investieren wir 6 Millionen Euro - damit man schneller und obendrein gesünder von A nach B kommt und das auch noch CO₂-frei. Die Landesinitiative III für Elektromobilität führen wir fort. Insgesamt investieren wir hierfür 2017 bis 2021 sage und schreibe 43,5 Millionen Euro. Unser Ziel, unter anderem: 2.000 neue Ladestationen. Baden-Württemberg soll Modellregion für umweltfreundliche Mobilität werden. Schritt für Schritt kommen wir auf diesem Weg voran. Im Doppelhaushalt setzen wir dafür weitere wichtige Impulse, meine Damen und Herren.

Forschung und Digitalisierung

Unsere Hochschulen sind finanziell und personell gut aufgestellt. Andere Bundesländer blicken neidisch auf unsere Hochschulen. Das soll auch in Zukunft so bleiben, meine Damen und Herren. Der bauliche Zustand vieler Hochschulen ist allerdings nicht befriedigend. Deshalb starten wir eine Sanierungsoffensive. Exzellente Forschung heute, ist der Wohlstand von Morgen. Deshalb investieren wir in die Forschungsleuchttürme in dieser Legislaturperiode insgesamt 75 Millionen Euro.

Damit Baden-Württemberg europaweit Spitze bei Forschung und Entwicklung bleibt. Damit unser Land die Chancen der Digitalisierung nutzen kann, legen wir hier den größten Schwerpunkt für Mehrausgaben. Die zusätzlichen Ausgaben von 100 Millionen Euro in 2017 erhöhen wir im Doppelhaushalt weiter. In 2018 auf 149 Millionen und in 2019 auf 173 Millionen Euro. Das Programmvolumen für den Breitbandausbau erhöhen wir im Doppelhaushalt auf insgesamt 180 Millionen Euro, damit wir schneller schnelles Internet für alle im Land erreichen. Alle gestellten Anträge konnten bislang bewilligt werden. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Und 140 Millionen Euro in 2018 und noch einmal 125 Millionen Euro in 2019 stehen für Maßnahmen der Digitalisierungsstrategie digital@bw bereit. Beispielsweise schaffen wir in meinem Verantwortungsbereich „Finanzämter der Zukunft“. Das Finanzamt der Zukunft hat keine Öffnungszeiten mehr: Bürgerinnen und Bürgern soll noch besser ermöglicht werden, digital und damit direkt mit der Verwaltung zu kommunizieren. Wir wollen das Steuerzahlen so einfach wie möglich machen, meine Damen und Herren. Für die Schulen schaffen wir eine digitale Bildungsplattform, für den öffentlichen Nahverkehr landesweit ein „E-Ticketing“, um nur zwei weitere Projekte zu nennen. Wir treiben die Digitalisierung mit Nachdruck voran, damit wir wirtschaftlich stark bleiben und die Lebensqualität in unserem Land noch höher wird, meine Damen und Herren.

Leistungsfähiger und attraktiver öffentlicher Dienst

Sie sehen meine Damen und Herren, wir investieren gezielt in die Zukunft. Dort, wo es Sinn macht, und notwendig ist, aber nur dort, da nehmen wir ordentlich Geld in die Hand. Um all diese wichtigen und richtigen Schwerpunkte in der Praxis umsetzen und mit Leben füllen zu können, brauchen wir einen starken und attraktiven öffentlichen Dienst. Den haben wir und das soll auch so bleiben. Derzeit bekommen wir allerdings nicht alle Stellen besetzt. Wir suchen Lehrerinnen und Lehrer, Polizistinnen und Polizisten, Finanzbeamtinnen und Finanzbeamte und Beamte, die unsere große Sanierungsoffensive planen und umsetzen.

Auch deshalb ist es richtig, dass die Bediensteten des Landes dieses und nächstes Jahr ordentliche Gehaltssteigerungen bekommen. Und es ist ein starkes und wichtiges Signal, dass ab dem 1. Januar 2018 alle jungen Beamten wieder ab dem ersten Tag volles Gehalt bekommen. Für eine Polizeikommissarin im Eingangsamt nach A 9 bedeutet das rund 1.250 Euro brutto mehr im Jahr. Dies ist fast ein halbes Monatsgehalt. Für eine Lehrkraft, die im Eingangsamt nach A12 bezahlt wird, bedeutet das rund 3.500 Euro mehr im Jahr, fast ein ganzes Monatsgehalt. Nur mit einem leistungsfähigen und attraktiven öffentlichen Dienst, hat unser Land eine gute Zukunft. Das Geld, das wir für die Besoldungsmaßnahmen zusätzlich in die Hand nehmen, ist gut angelegt, meine Damen und Herren. Herzlichen Dank an dieser Stelle allen Beschäftigten des Landes für Ihre gute und verlässliche Arbeit! Wir brauchen Sie und wir zählen auch in Zukunft auf Sie.

Dank und Ausblick

Der Doppelhaushalt ist ein umfangreiches Werk. Er umfasst rund 4.365 Seiten und hat übereinander gestapelt eine Höhe von gut 20 Zentimetern. Für die Erarbeitung des Regierungsentwurfes für den Doppelhaushalt 2018/2019 gilt mein Dank:

- der Haushaltsabteilung des Finanzministeriums,
- meinen Kabinettskolleginnen und Kollegen sowie ihren Häusern
- und den Regierungsfractionen.

Es ist ein nachhaltiger Entwurf, der die Finanzen des Landes dauerhaft solider aufstellt. Wir halten die Schuldenbremse ein und zwar souverän und verlässlich. Es ist ein guter Entwurf, der allen für zwei Jahre Planungssicherheit gibt und die notwendigen Ressourcen für die aktuellen und die kommenden Herausforderungen bereitstellt. Und es ist ein historischer Entwurf. Zum ersten Mal in der Geschichte unseres Landes tilgen wir 1,9 Milliarden Euro implizite und 0,5 Milliarden Kreditmarktschulden. Dieser Doppelhaushalt leitet eine echte Trendwende ein.

Aber das ist noch nicht alles. Heute schließen die Steuerschätzer ihre Arbeit ab. Ich erwarte, dass die Steuerschätzung positiv ausfällt und rechne mit zusätzlichen Spielräumen für die Tilgung. Deshalb habe ich am Montag der Haushaltskommission einen ambitionierten Vorschlag unterbreitet, den diese beschlossen hat. Zusätzlich zur bereits geplanten Tilgung von Kreditmarktschulden in Höhe von 0,5 Milliarden Euro, werden wir die noch bestehenden Kreditermächtigungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro – die wir derzeit zur Finanzierung der Ausgabereise benötigen – bis spätestens Ende 2019 streichen und durch Kassenmittel ersetzen.

Meine Damen und Herren, zum ersten Mal in der Geschichte des Landes schaffen wir mit diesem Doppelhaushalt fünfmal in Folge die Nullverschuldung. Und zum ersten Mal in der Geschichte des Landes tilgen wir 1,9 Milliarden implizite Schulden. Und wir tilgen erstmals 2 Milliarden Euro Kreditmarktschulden, einschließlich Ermächtigungen. Meine Damen und Herren, der Doppelhaushalt ist solide. Er ist generationengerecht und der Zukunft zugewandt. Wir leiten mit ihm eine historische Trendwende ein: Der Schuldenabbau beginnt.

Ich wünsche uns allen gute Beratungen.

Herzlichen Dank.